

Pressemitteilung vom 29.03.2022

Fragen des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung in der Stadtratssitzung bleiben unbeantwortet

Unter zustimmendem Klopfen eines AfD-Stadtrates verweigerte Oberbürgermeister Jürgen Dupper (SPD) am Montag in der Stadtratssitzung die Beantwortung der Fragen, die Vertreterinnen des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung im öffentlichen Sitzungsteil an ihn und den Stadtrat richteten.

Im Hinblick auf die Übergabe der Unterschriften der Petition "Passau for choice" am kommenden Freitag, nutze das Bündnis im Anschluss an eine Kundgebung vor der Redoute erneut die Gelegenheit, den Stadtrat mit der prekären Versorgungslage für ungewollt Schwangere in Passau und Niederbayern zu konfrontieren. Unter anderem wollten die Vertreterinnen von Oberbürgermeister Jürgen Dupper wissen, welche Konsequenzen er aus der Schließung einer weiteren Praxis für Schwangerschaftsabbrüche ziehe und welche konkreten Schritte er bereits eingeleitet habe, um dem Versorgungsnotstand für ungewollt Schwangere entgegenzuwirken und Schwangerschaftsabbrüche am städtischen Klinikum zu ermöglichen.

Zunächst übergab der Oberbürgermeister die Meldungen der Fragestellerinnen, später verwies er sie mit ihrem Anliegen an den Stadtrat in Landshut, da er sich für die Verbesserung der Versorgungslage nicht verantwortlich fühle.

"Der Oberbürgermeister hat uns nicht nur mehrfach unterbrochen, sondern sich letztendlich auch geweigert, auf unsere Fragen einzugehen. Dieses Demokratieverständnis finden wir höchst fragwürdig. Die Fragestunde soll Bürger*innen die Möglichkeit geben, Antworten direkt von Stadtrat und Oberbürgermeister einzuholen. Fragen von Frauen zur Versorgung ungewollt Schwangerer scheinen hier jedoch keinen Platz zu haben", so Susanna Lindlein, Sprecherin der Petition "Passau for choice".

"Wir konnten unser Anliegen heute erneut vor dem Stadtrat vorbringen und deutlich machen, weshalb die Verschlechterung der Versorgungslage auch Passauer Frauen unmittelbar trifft. Dennoch sind wir entsetzt über die Erfahrung, die wir heute im Stadtrat machen mussten. Nach unserem konstruktiven Gespräch mit Oberbürgermeister Dupper im Oktober hatten wir auch heute mit einem respektvolleren Umgang gerechnet. Offen gesagt bezweifeln wir auch, dass mit älteren Herren genauso umgegangen würde wie mit uns", so Sara Köhl, ebenfalls Sprecherin.

"Wir werden weiterhin Wege finden, unsere Forderung auf der politischen Agenda des Stadtrats zu platzieren. Auch nach der Übergabe der Petition am Freitag bleibt unsere Forderung die gleiche: Schwangerschaftsabbrüche müssen am städtischen Klinikum angeboten werden, um endlich eine ausreichende Versorgung für ungewollt Schwangere in Passau zu gewährleisten", schließt Susanna Lindlein.

Bei der Übergabe der Unterschriften am Freitag hoffen die Initiator*innen von "Passau for choice" auf eine neue Gelegenheit, mit dem Oberbürgermeister in den Dialog zu treten.